

Zurück zu den Wurzeln oder Aufbruch in eine neue Zeit? – Traditionslinien und neue Herausforderungen in der Gemeinwesenarbeit

Heike Binne, Irmgard Teske

Liefert die Geschichte der Gemeinwesenarbeit Beispiele, die Anstöße geben, wie mit aktuellen Herausforderungen in einer pluralistischen, individualisierten und älter werdenden Gesellschaft umgegangen werden kann? Was bedeuten Schlagworte von einer lebendigen Gemeinschaft, von aktiver Nachbarschaft, Stärkung von Selbsthilfekräften, Integration von Flüchtlingen und Migranten, politischem und sozialem Engagement?

Am Beispiel der Arbeit von Jane Addams und ihren Mitarbeiterinnen (Hull-House in Chicago), dem Programm Soziale Stadt und dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser kann aufgezeigt werden, welche Bedeutung sozialen Räumen im Sinne einer »Gemeinschaft des Ortes« (vgl. Tönnies 1970, S. 14) zukommt und auf welche Traditionen auch heute noch zurückgegriffen werden kann.

Private Initiativen als Wurzeln der Gemeinwesenarbeit

Toynbee Hall und die Idee von einer gerechteren Welt

Konkrete Notlagen in den Armenvierteln Londons und die Ablehnung einer unsystematischen und prinzipienlosen Verteilung von Almosen, die Abhängigkeit erzeugt und keine Selbsthilfekräfte weckt, bestimmten die Situation im 19. Jahrhundert, die das Ehepaar Barnett veranlasste, ihre Idee einer gerechteren Welt zu verwirklichen (1). Realisiert werden sollte dies durch ein Miteinander von »Gebildeten« und »Armen« in sog. Settlements (2). Der Austausch zwischen Helfern und Bedürftigen sollte zu einer Veränderung sozialer Verhältnisse führen. Selbstvertrauen und Eigenverantwortung sollten durch Bildungsarbeit, gemeinschaftliche Zusammenschlüsse und das Erleben von Gemeinschaft geweckt werden. Den Barnetts war bewusst, dass strukturelle Veränderungen nur in Kooperation mit Kirchen, Regierungs- und Verbandsvertretern möglich sind. Bildung wurde von ihnen als Schlüssel für gesellschaftlichen Aufstieg gesehen (vgl. Buck 1982, S. 123).

Nicht gut angenommen wurden die vor dem Hintergrund des eigenen Bildungsverständnisses organisierten Abendklassen und Vorlesungen. Erfolgreicher waren gemeinsame Essen, Gartenpartys, Konzertbesuche, Museumsbesuche und Ausflüge, welche die Menschen aus allen sozialen Schichten miteinander in Kontakt brachten. Zusätzlich bildeten sich zahlreiche Interessensgruppen und Clubs, beispielsweise für Musik, Fußball, Schach, Literatur und Kunst. Für Jungen wurden verschiedene Formen von Freizeitaktivitäten und Camps durchgeführt. Fabrikmädchen konnten sich in einem Club zu gemeinsamem Tanz, Essen und Ausflügen treffen. Durch nützliche Dienstleistungen, Rechts-, Mieter- und Sozialberatung sollten die Menschen befähigt werden, benachteiligende Strukturen zu überwinden.

Zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge trugen dazu bei, die Umsetzung der Idee von einer gerechteren und sozialeren Gesellschaft über London hinaus bekannt zu machen (vgl. Buck 1982, S. 124).

Jane Addams Vision einer multikulturellen Gesellschaft - Hull House

Ihr Demokratieverständnis, das für alle Menschen einen offenen Zugang zum politischen und sozialen Leben beinhaltete, ihre christlich humanitäre Grundhaltung und ihr Verständnis von gegenseitigem Lernen galten als Handlungsmotivation dieser Pionierin der Gemeinwesenarbeit.

Ihre Idee, Hull House (3) zum Zentrum der Nachbarschaft auszubauen, kann als ein Beispiel für gelungene Integrationsarbeit gesehen werden. Voraussetzung für Integration war für sie u.a. das Erlernen der englischen Sprache, da eine gemeinsame Sprache das Einleben erleichtert und so Menschen unterschiedlicher Herkunft miteinander kommunizieren können. Die Einwanderer sollten über den Zugang zu Bildungsangeboten verloren gegangene soziale Strukturen wiederherstellen. Ferner sollte Hull House dazu beitragen, dass Immigrant*innen ihre Traditionen, Sprachen und Bräuche pflegen konnten, da dies zur Identitätsentwicklung der Einwandererkinder beitrug (vgl. Alexander 1997, S. 70-72; vgl. Eberhart 1996, S. 126, 134). Integration wurde in Hull House als wechselseitiger Lernprozess gesehen, der nicht linear und einseitig stattfindet. Vielmehr sollten Wechselwirkungen und gegenseitiger Austausch geschickt initiiert und organisiert werden, damit es zu einem beiderseitigen Lernprozess zwischen Migrant*innen und Einheimischen kommt, der tatsächliche Integration erst möglich macht. Jane Addams wandte sich damit gegen eine »Schmelztiegelideologie«, die nach ihrer Meinung zu Repression führen würde (vgl. Eberhard 2009, S. 80).

Eine besondere Bedeutung kam in ihrem Konzept der Kunst zu. Kunst wurde als methodisches Instrument verstanden und dementsprechend eingesetzt. Mit speziellen Berufsvorbereitungs- und Berufsbildungsprogrammen sollten die beruflichen Chancen der Jugendlichen verbessert werden (vgl. Alexander 1997, S. 72). Kinderbetreuung zur Förderung der Kinder war ein weiterer zentraler Aspekt ihrer Arbeit (vgl. Schüler 2004, S. 78ff).

Die Frauen von Hull House organisierten praktische Kurse, beispielsweise Kochen, Nähen, Hausarbeit, Gartenarbeit und künstlerische Kurse, wie Zeichnen, Tonarbeiten, Musik, Sprachen, Literatur. Es gab Clubs für junge Arbeiterinnen, präventive Jugendarbeit, um die Kriminalitätsrate von Jugendlichen zu senken, politische Arbeit, beispielsweise Gründung einer Immigrantenschutzliga, Gründung von Gewerkschaften sowie Kulturarbeit und die Errichtung eines »Labor Museums«, Arbeitsvermittlung und kostenlose Rechtsberatung. Zeitweise gewährte Hull House misshandelten Frauen und Kindern Zuflucht und hatte die Funktion eines »Frauenhauses« (vgl. Schüler 2004, S. 84-86). Jane Addams wusste, wie wichtig die Unterstützung der Öffentlichkeit bei ihren Vorhaben war. Sie setzte sich mit zahlreichen Publikationen, Vorträgen und Aktionen für den Kinderschutz, das Frauenwahlrecht und die Friedensbewegung ein (vgl. Müller 1994, S. 93-95).

Die von Hull House ausgehenden wissenschaftlichen und politischen Untersuchungen hatten das Ziel, Veränderungen in der Arbeits- und Wohnumwelt der Bewohner*innen zu erstreiten und zu sichern. Die objektiv gewonnenen Daten wurden als Grundlage »für die Aufdeckung und Analyse industriellen und urbanen Übels« (Eberhard 2009, S. 79) herangezogen und waren somit Argumentationshintergrund für Eingaben an Stadtväter und Fabrikdirektoren und führten zur Gründung von Gewerkschaften (vgl. Staub-Bernasconi in: Bitzan/Klöß 1994, S. 44ff).

Jane Addams und die Frauen von Hull-House haben in ihrer Zeit und an ihrem Ort (Hull-House) mit wissenschaftlichen (4), politischen (5) und praktischen Aktivitäten zeigen können, dass Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Sprachen, Religionen und Ethnien friedlich zusammenleben können, wenn Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Selbstermächtigung und Veränderungen ermöglichen.

Anlaufstellen im Quartier: Die Nachbarschaftsheim

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu etlichen Neugründungen von Nachbarschaftsheimen (6), in einer Zeit, in der ein Viertel der Bevölkerung aus Vertriebenen und Flüchtlingen bestand, Wohnungsnot herrschte und die materielle Not wuchs. Ihr vorrangiges Ziel war zunächst, Fürsorge für sozial Benachteiligte zu leisten und die unmittelbare materielle Not zu bekämpfen.

Mitte der 1960er Jahre des vorigen Jahrhunderts verlagerte sich die Arbeit der bisher vorrangig in traditionsreichen, innerstädtischen Arbeiterquartieren tätig gewesenen Nachbarschaftsheimen auch auf die Trabantenstädte am Rande der Großstadt (vgl. Müller 2009, S. 209). Die heute noch existierenden Nachbarschaftsheimen (z.B. Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.; Nachbarschaftshaus Urbanstraße Berlin, Nachbarschaftsheim Steglitz e.V.; Quäker Nachbarschaftsheim e.V., Köln) sind soziale Einrichtungen in einem Wohnviertel/Kiez oder Quartier mit vielfältigen Angeboten und Aktivitäten.

Bettina Bofinger, Bahar Sanli und Markus Runge vom Nachbarschaftshaus Urbanstraße beschreiben in der Jubiläumsbroschüre »60 Jahre Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. – Jetzt erst recht«, dass sie in ihrer Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit gemeinsam mit den Bewohner*innen und anderen Akteur*innen Netzwerke und Strukturen aufbauen, um Veränderungen zu bewirken und auf neue Herausforderungen reagieren zu können. »Der Handlungsbedarf im Stadtteil ist groß, die Themen sind zahlreich. Sie reichen von Rassismus in der Schule, über die Frage nach dem Wert von Arbeit bis hin zu Inklusion und der Bedeutung von behindertenrechtspolitischen Entscheidungen für das nachbarschaftliche Zusammenleben. Auch die soziale Wohnungsfrage wirkt in viele verschiedenen Ebenen und Themen hinein. Und natürlich ist hier die aktuelle Zwangsmigration von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten zu nennen. An der Themenvielfalt zeigen sich deutlich die gegenwärtigen Herausforderungen an die Stadtgesellschaft. Veränderung muss vor Ort beginnen und in die Gesellschaft hineinwachsen, denn die Auswirkungen globaler Entscheidungen werden auf lokaler Ebene erfahren.« (vgl. Bofinger, Sanli, Runge 2016, S. 9).

Mit ihren Erfahrungen in der Stadtteilarbeit waren und sind diese Häuser prädestiniert, im Programm Soziale Stadt bzw. im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser aktiv zu sein (7).

Unterstützung für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf: Das Programm Soziale Stadt

Ende der 1990er Jahre wurde von der rot-grünen Bundesregierung das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« verabschiedet (8). Eine zentrale Zielsetzung lautet, durch eine aktive und integrativ wirkende Stadtentwicklungspolitik die Lebensbedingungen der Menschen in den so genannten benachteiligten Stadtquartieren nachhaltig zu verbessern. Hier treffen verschiedene gesellschaftliche Problemlagen aufeinander, wie beispielsweise Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut, erschwerter Zugang zu Bildung und politischer Teilhabe. Es konzentrieren sich dauerhaft die Folgeprobleme sozialer Benachteiligung, einer ungünstigen demografischen Entwicklung sowie einer unzureichenden Integration von Zuwanderern.

In der Folge zeichnete sich soziale Ungleichheit immer stärker räumlich ab. Soziale Impulse sollen durch die Verbesserung der Wohnverhältnisse, der Unterstützung des sozialen Miteinanders, die Schaffung von mehr Sicherheit im öffentlichen Raum und die Verbesserung der Infrastruktur gesetzt werden. Dieses Programm unterscheidet sich von früheren Programmen für benachteiligte Stadtteile dadurch, dass nicht nur die Verbesserung der Bausubstanz im Mittelpunkt steht, sondern auch das zivile Miteinander der Menschen eines Wohnquartiers (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2000).

Zur Verbesserung der Infrastruktur gehören deshalb auch der Aus- und Aufbau von Quartierzentren mit einem Quartiermanagement als strategisches Instrument. So sollen neben den sozialen Aspekten auch ökologische (9) und politische (10) Impulse gestärkt und die Beteiligung der Bürger*innen, als Expert*innen für die Lebenssituation vor Ort, ausgebaut werden (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2000; vgl. Krummacher u.a. 2003).

Heute werden Quartierzentren und Nachbarschaftshäuser als wichtige Anlaufstellen auch für die Integrationsarbeit genannt. Denn die aktuelle Zuwanderung von Flüchtlingen, auch in die Soziale-Stadt-Gebiete, bedeutet neue Herausforderungen. Die Lebensbedingungen in den Fördergebieten benachteiligen oftmals zusätzlich, so ist es für Bewohner*innen und auch Flüchtlinge entscheidend, ob sie Zugang zu geeigneten Unterstützungs- und Hilfeleistungen erlangen (vgl. Groeger-Roth 2009, S. 35ff). Aus der Umsetzung des Programms Soziale Stadt liegen Erkenntnisse für eine sozialräumliche Integration vor (vgl. Difu-Berichte 4/2015). Es zeigt sich, dass eine quartiersbezogene Integration mit einem Mix verschiedener Strategien erreicht werden kann, beispielsweise wenn

- Integration als kommunale Querschnittsaufgabe gesehen wird;
- eine bedarfsgerechte Anpassung der sozialen Infrastruktur (z.B. Begegnungsräume, Nachbarschaftshäuser) vorgenommen wird;
- Bildungsangebote im Stadtteil vom Elementarbereich bis hin zu den weiterführenden Schulen, ein stärkeres Einbeziehen der Eltern sowie Elternbildung (Spracherwerb) verbessert werden
- eine Verbesserung von Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Zuwanderern stattfindet (...).

Die quartiersbezogenen Aktivitäten haben nur dann Erfolg, wenn die dafür notwendigen strategischen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen von den Kommunen mit Unterstützung durch den Bund und die Länder bereitgestellt werden (vgl. ebd). Die guten Erfahrungen mit den Quartierszentren flossen in das 2006 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgelegte Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser ein.

Das Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser: Bewährtes nutzen und Neues entwickeln!

Mit dem Aktionsprogramm I (2006) sollten die gesellschaftlichen Diskurse zum demografischen Wandel, zur Debatte um eine starke Bürgergesellschaft, zum Bereich des lebenslangen Lernens und einer immer bunter werdenden Gesellschaft zusammengeführt werden. Durch die Schaffung öffentlicher Räume für Menschen (unabhängig vom Alter, einer Religion, Herkunft, geschlechtlicher Orientierung, Familienform sowie mit oder ohne Behinderung) sollten Begegnungen und gegenseitiges Lernen sowie Solidarität ermöglicht werden (Gerzer-Sass 2014, S. 10f).

In das Programm aufgenommen wurden Kreise und Städte, die eine freundliche, einladende und erreichbare Immobilie vor Ort und eine engagierte, innovative und eine vernetzte Trägerinitiative aufweisen konnten. Grundlagen für die Fördermodalitäten des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser waren u. a. positive Erfahrungen aus Niedersachsen und Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts zu Mütter- und Familienzentren (vgl. Pettinger 1988 und 2003; Deutsches Jugendinstitut 2006) sowie gute Erfahrungen mit Quartierszentren im Programm Soziale Stadt. In diesen attraktiven lokalen Zentren, können wichtige Angebote im Sinne eines integrierten Ansatzes an einem Ort gebündelt werden (Thies 2006).

Ein niedrigschwelliger und nicht stigmatisierender Zugang kann mögliche Schwellenängste überwinden, um alle Gruppen erreichen zu können. Dafür sind Angebote, wie der »Offene Treff« und der Mittagstisch, die in einem unverbindlichen Bereich angesiedelt sind, wichtig. Je nach Standort und Bedürfnissen aus den Quartieren verknüpfen die integrierten Angebote im Sinne »Alles unter einem Dach« beispielsweise die Frühförderung von Kindern mit der Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern, spezifische professionelle Beratungsleistungen mit der Ermöglichung von freiwilligem Engagement in vielen Bereichen usw. (vgl. Groeger-Roth 2009, S. 35ff). Durch vielfältige Angebote, die die sozialen Netze und Stützsysteme im Quartier nutzen, werden Ressourcen gebündelt. Die Quartierzentren werden dadurch zu einem Ort des sozialen Miteinanders.

Das Aktionsprogramm (11) wurde in den damaligen Koalitionsverträgen verankert und ist auch im aktuellen von 2013 aufgenommen worden. Bis Ende 2011 wurden insgesamt 500 Häuser gefördert. Ab Januar 2012 nehmen 450 Häuser am Aktionsprogramm II teil. Handlungsschwerpunkte im Aktionsprogramm II sind die Themen Alter und Pflege, Integration und Bildung, haushaltsnahe Dienstleistungen sowie freiwilliges Engagement. Aktuell steht bei vielen Mehrgenerationenhäusern neben der alltäglichen Arbeit die Unterstützungsarbeit für Geflüchtete im Vordergrund. Diese reicht von der (Erst-) Versorgung und Willkommenskultur bis hin zur Integration und Teilhabe von Geflüchteten im Gemeinwesen.

So zeigen Ergebnisse einer aktuellen Umfrage unter Mehrgenerationenhäusern, dass die Häuser Flüchtlinge durch ihre verschiedenen Angebote auf vielfältige Weise unterstützen. Beispielsweise werden Begegnung und Austausch gefördert, Unterstützung beim Erwerb der deutschen Sprache angeboten und es wird bei der Bewältigung von Herausforderungen des Alltags geholfen. Mehrgenerationenhäuser zeigen, dass sie flexibel auf Herausforderungen der Gesellschaft reagieren können und mit passgenauen Aktivitäten die Lebenssituation der Menschen vor Ort verbessern können.

(<http://www.mehrgenerationenhaeuser.de/fachinformationen/themendossiers/willkommenskultur-fuer-fluechtlinge/mehr-als-200-mehrgenerationenhaeuser-unterstuetzen-fluechtlinge>, abgerufen 30.06.2016)

Herausforderungen in der Arbeit der ersten Settlements und Nachbarschaftshäuser im 19. und 20. Jahrhundert bis hin zu den Mehrgenerationenhäusern im 21. Jahrhundert

Die Tradition der Settlements wird weitergeführt in den Bemühungen, Integration von Menschen verschiedener Generationen und Nationen sowie eine Identifikation mit dem Gemeinwesen zu fördern. Im Zentrum aller Bemühungen der Settler stand die Weckung bzw. Stärkung der Selbsthilfekräfte der Bewohner*innen. Damit eng verknüpft sind der Wiederaufbau von Ressourcen (wie Mut und Würde) sowie der Abbau von Abhängigkeiten (milde Gaben, staatliche Armenhilfe). In den Anfängen der Gemeinwesenarbeit wurde versucht, Strukturen innerhalb einer Gemeinschaft/Gesellschaft zu schaffen, damit Menschen in die Lage versetzt werden, angemessen am sozialen Leben teilnehmen zu können (vgl. Bündler 2002, S. 123).

Bereits die Settler erkannten, dass sozialpolitische und bildungspolitische Unterprivilegierung einander bedingen und deshalb zur sozialen auch die geistige Emanzipation gehört (vgl. Oelschlegel et al. 2001, S. 225f).

Der Blick in die Geschichte der Nachbarschaftsheimbewegung macht auch deutlich, dass hier gemeinsame Wurzeln von Gemeinwesenarbeit und soziokultureller Arbeit liegen. Gemeinsamkeiten sind hier besonders in der sozialen Komponente der soziokulturellen Arbeit zu finden: die Verbesserung der Qualität des Zusammenlebens und die solidarische, gemeinschaftliche Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen (ebd.: 228f). Die Nachbarschaftsheimen wurden im Laufe der Zeit zu Modellen für die Arbeit kleiner, freier Träger, die in einem engen Miteinander von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen bestehen. Auch ihre Programme können als Vorläufer der Quartierzentren und Mehrgenerationenhäuser von heute gesehen werden.

Viele Inhalte des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« decken sich mit dem Arbeitsansatz der Gemeinwesenarbeit (GWA). Wie in der GWA wird eine sozialräumliche Strategie propagiert, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil/das Quartier und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Dabei wird mit den Ressourcen des Quartiers und seiner Bürger*innen gearbeitet, um Defizite aufzuheben. Dadurch werden allerdings auch die Lebensverhältnisse der Bürger*innen verändert (vgl. Hinte, Lüttringhausen, Oelschlegel 2001, S. 100). Beteiligung und Aktivierung der Bürger*innen sind zentrale Prinzipien (vgl. Binne, Teske 2014, S. 208).

Steht im Mittelpunkt des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt« bei der Finanzierung mit öffentlichen Geldern die Erkenntnis, dass investive Maßnahmen im Stadtteil mit sozialen Prozessen verbunden werden müssen, um langfristig Verbesserungen in benachteiligten Gebieten zu erzielen, so reagiert das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen (eine veränderte Arbeitswelt, den demografischen Wandel, Deutschland als Einwanderungsland und überforderte Nachbarschaften). Die Bedeutung der Familie und des sozialen Nahraums werden wieder betont. Untersuchungen zeigen, dass komplementär zur Individualisierung eine neue Gemeinschaftssehnsucht entstanden ist (vgl. Harloff et al. 2002).

Dieser Gemeinschaftswunsch erfüllt sich heute weniger im Verein, einer Partei oder einer Kirche, sondern im Nachbarschaftlichen, stellt z.B. die Schrader-Stiftung fest (vgl. Schrader-Stiftung 2005). Wenn es nun gelingt, durch familien- und sozialpolitische Arrangements soziale Ausgrenzung und Ungleichheit zu verringern, können inszenierte Nachbarschaften eine gesellschaftliche Chance darstellen. Wenn diese jedoch ein Programm bessergestellter Minderheiten verkörpern, wird durch diese Zentren die soziale Ausgrenzung im Milieu der Familien und Kinder wachsen. Deshalb bedarf es einer Unterstützung durch das System der öffentlichen Dienste, um Ausgrenzungen zu verhindern und Selbsthilfepotentiale von benachteiligten Familien zu entdecken, zu unterstützen und zu fördern (Binne, Teske 2014, S. 206).

Eine weitere Chance der Mehrgenerationenhäuser – auch in der Traditionslinie der Settlements – ist darin zu sehen, dass ein Wechsel von der Betroffenen-Perspektive zur Akteurs-Perspektive stattfinden soll und kann. Menschen erhalten die Chance, durch ihr Engagement im Nachbarschaftszentrum ein neues Selbstbewusstsein zu erhalten, zu lernen und zu Akteuren ihres Alltags zu werden. Besonders wichtig ist die Ressource Netzwerk. Private Netzwerke werden durch offene Netzwerke ergänzt. Emotionale Unterstützung und praktische Alltagshilfe werden geleistet, Kompetenzen und Ressourcen ausgetauscht, Sicherheit und Selbstwertgefühl werden gewonnen (vgl. Oelschlegel 2001, S. 102f; Keupp 2014).

Waren die Pioniere und hier vor allem die Pionierinnen in den Anfängen der Gemeinwesenarbeit Idealist*innen, die aufgrund ihres finanziellen und ideellen Hintergrundes ihre Idee von einem gerechteren Leben umsetzen wollten, so gelten MGHs heute als Beispiele für innovative Settings, »als Orte der Begegnung, bestimmt durch eine Art von ‚Personenorientierung‘, die Bindung, Wohlbefinden, Identität, Beschäftigung und Inklusion gewährleisten können« (Röhrle 2014, S. 217). Dabei werden bewährte Strategien wie Alltags- und Lebensweltorientierung, zielgruppenübergreifendes Handeln, Methodenintegration, Netzwerkarbeit und Öffentlichkeitsarbeit als wesentliche Elemente erfolgreicher Gemeinwesenarbeit genutzt, um Eigenverantwortung, Zufriedenheit, Identifikation, Verantwortungsübernahme der Bürger*innen und letztlich monetäres und soziales Kapital zu schaffen.

Aktuell zeigt sich, wie flexibel Mehrgenerationenhäuser auf gesellschaftliche Herausforderungen in den Kommunen reagieren können. Die Kommune ist i. d. R. der wichtigste Kooperationspartner. Sie profitiert, da die Häuser durch ihre vielfältigen Angebote nicht nur in den Bereichen Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, sondern vor allem in der Organisation von Hilfen für Geflüchtete, mit Deutschkursen, Sachspenden sowie durch die Etablierung einer Willkommenskultur die Lebenssituation der Menschen vor Ort beeinflusst. In den kommenden Jahren muss die Integration von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen gelingen. Impulse zur Quartiersarbeit als Schlüssel für die Integration von Geflüchteten kommen von Jane Addams und ihren Mitstreiter*innen. Voraussetzungen für eine gelingende Integration waren für sie eine Verbesserung der ökonomischen Situation als Voraussetzung, Begegnungsmöglichkeiten wurden geschaffen und Perspektiven geboten, Erwachsenenbildung und Vermittlung von Sprachkompetenz waren zentral, Kunst wurde als verbindendes, sinnstiftendes Element eingesetzt, die Lebensgeschichten und Erfahrungen der Menschen wurden als Ressource gesehen und Integration wurde als wechselseitiger Lernprozess verstanden. Soziale Arbeit hat die Chance, die erfolgreichen Erfahrungen aus der Geschichte der Gemeinwesenarbeit zu nutzen und Brücken zwischen den Kulturen zu bauen und letztendlich zur Integration beizutragen.

Anmerkungen

(1) Vorläufer waren vielfältige Initiativen und Vorschläge zum Aufbau einer dezentralen Volksbildung, u.a. von Arnold Toynbee, der diese in einer Kirchengemeinde im Londoner Stadtteil Whitechapel mit dem Pastor Barnett erprobte (Buck 1982, S. 123).

(2) »Ein Settlement ist eine Vereinigung von Männern und Frauen, die freiwillig zusammenarbeiten, um ihrer Nachbarschaft zu dienen und ihr eigenes Leben zu bereichern. Es ist ein Zentrum, in welchem Menschen ohne Unterschied der Rasse, Klasse und des Glaubens sich treffen.« (Dornseifer 1971, S. 56).

(3) Hull House wurde 1889 von Jane Addams (3) und Ellen Gates Starr gegründet. Es war das erste Settlement-House in Chicago und wurde nach seinem Vorbesitzer und Erbauer Charles J. Hull benannt und gehörte zu den ersten Versuchen, die Idee der Londoner Toynbee Hall auf Nordamerika zu übertragen (Müller 1994, S. 65).

(4) Die Soziologin Jane Addams war Mitbegründerin der Chicago School of Sociology (gemeinsam mit G.H. Mead, W.I. Thomas u.a.).

(5) Ihre politischen Aktivitäten waren sehr vielfältig, von der Mitgliedschaft in verschiedensten Komitees, der Gründung von Gewerkschaften, Arbeiten für das Frauenwahlrecht und für den Frieden.

(6) Basierend auf Ideen der Settlements wurden in Deutschland »Nachbarschaftsheime« gegründet. In Hamburg von Walter Classen (1901) und in Berlin vor allem durch die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin Ost (1910).

(7) beispielsweise auch das Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V. www.nachbarschaftsheim-wuppertal.de (Zugriff 08.07.2016) und das Haus der Zukunft – Mehrgenerationenhaus Bremen www.haus-der-zukunft-bremen.de (Zugriff 08.06.2016)

(8) Ursachen und Hintergründe, die zur Entstehung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf geführt haben, sind nachzulesen u. a. in Franke, Thomas; Löhr, Rolf-Peter und Sander, Robert (2000): Soziale Stadt – Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitikerneuerung, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 39, II. Halbjahresband.

(9) wie beispielsweise ökologisches Planen, Bauen und Wohnen

(10) im Hinblick auf Partizipation

(11) Informationen und Berichte zum Programm Mehrgenerationenhäuser unter www.mehrgenerationenhaeuser.de

Literatur

Alexander, R. (1997): Hull House in Chicago. In: Lindner, R. (Hrsg.): Wer in den Osten geht, geht in ein anderes Land. Die Settlementbewegung in Berlin zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Berlin, S. 61-77.

ARGEBAU, Ausschuss für Bauwesen und Städtebau und Ausschuss für Wohnungswesen (2000): Leit-faden der Gemeinschaftsinitiative »Soziale Stadt«, Zweite Fassung.

Binne, H./Teske, I. (2014): Mehrgenerationenhäuser in der Tradition der Gemeinwesenarbeit. In: Binne, H./Dummann, J./Gerzer-Sass, A./Lange, A./Teske, I. (2014): Handbuch Intergeneratives Arbeiten. Perspektiven zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Opladen, Berlin, Toronto. S. 199-209.

Binne, H./Dummann, J./Gerzer-Sass, A./Lange, A./Teske, I. (2014): Handbuch Intergeneratives Arbeiten. Perspektiven zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Opladen, Berlin, Toronto

Bitzan, M./Klöck, T. (Hrsg.) (1994): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5. Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven. München.

Buck, G. (1982): Gemeinwesenarbeit und kommunale Sozialplanung. Untersuchung zur sozialpolitischen Funktion und historischen Entwicklung eines Handlungsfeldes der Sozialarbeit. Berlin.

Bünder, P.(2002): Geld oder Liebe? Verheißungen und Täuschungen der Ressourcenorientierung in der Sozialen Arbeit. Münster.

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): Alle(s) unter einem Dach. Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Online im Internet: <http://www.mehrgenerationenhaeuser.de>

BMFSFJ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Programmbeschreibung Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II.

Deutsches Institut für Urbanistik (2000): Programm-Grundlagen. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt. Band 3. Berlin.

Deutsches Institut für Urbanistik (2015): Sozialraumorientierte Integration von Flüchtlingen. Difu-Berichte 4/2015

Deutsches Jugendinstitut (2006): Mehrgenerationenhäuser – intergenerative Aktivitäten in unterschiedlichen Institutionstypen. Recherchebericht im Auftrag des BMFSFJ. München.

Eltern-Kind-Zentren (Hrsg.) (2005): Diller, A.: Eltern-Kind-Zentren – Die neue Generation kinder- und familienfördernder Institutionen. Grundlagenbericht im Auftrag des BMFSFJ. München.

Dornseifer, M. (1971): Die englische Residential Settlement-Bewegung und ihre Bedeutung in der Gegenwart. Ein Beitrag zur Geschichte der Erwachsenenbildung und Sozialarbeit. Osnabrück.

Eberhart, C. (1996): Jane Addams: Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Reformpolitik. Rheinfelden und Berlin.

Eberhart, C. (2009): Jane Addams (1860-1935). Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Reformpolitik. Studien zu vergleichender Sozialpädagogik und internationaler Sozialarbeit und Sozialpolitik, Band/Vol. VI. Bremen

Franke, T./Löhr, R.-P./Sander, R. (2000): Soziale Stadt – Stadterneuerungspolitik als Stadtpolitiker-euerung. In: Archiv für Kommunalwissenschaften. II. Halbjahresband.

Gerzer-Sass, A. (2014): Vorwort. In: Binne, H. u.a.: Handbuch Intergeneratives Arbeiten. Perspektiven zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Opladen, Berlin, Toronto

Groeger-Roth, F. (2009): Armutsprävention durch Lokale Zentren in benachteiligten Stadtteilen. In: SpielRäume. Pädagogische Fachzeitschrift zur Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien. Bremen.

Harloff, H. J./Christianse, K./Dienel, H. L./Wendorf, G./Zillich, K. (Hrsg) (2002): Nachhaltiges Wohnen. Befunde und Konzepte für zukunftsfähige Stadtquartiere. Heidelberg.

Hinte, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel, D. (2001): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader für Studium, Lehre und Praxis. Münster.

Keupp, H. (2014): Die zivilgesellschaftlichen Wurzeln und Impulse der Mehrgenerationenhäuser. In Binne, H. u.a.: Handbuch Intergeneratives Arbeiten. Perspektiven zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Opladen, Berlin, Toronto. S. 233-243

Krummacher, M. u.a. (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Herausforderungen für Politik, Raumplanung und Soziale Arbeit. Opladen.

Müller, C. W. (1994): Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialarbeit. Band 1: 1883-1945. Weinheim und Basel.

Müller, C.W. (2009): Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit. Weinheim und München.

Nachbarschaftshaus Urbanstr. e.V. (Hrsg.) (2016) Bofinger, P./ Sanli, B./ Runge, M.: Jetzt erst recht! Bekenntnis für ein inklusives, gerechtes und solidarisches Gemeinwesen. 60 Jahre Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. Berlin.

Oelschlägel, D. (2001): Sozialkulturelle Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, W./Lüttringhaus, M. Oelschlägel, D.: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Münster. S. 223-233.

Oelschlägel, D. (2014): Die Bedeutung des sozialen Nahraums in Zeiten »virtueller Nachbarschaften«. In: Binne, H. u.a.: Handbuch Intergeneratives Arbeiten. Perspektiven zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Opladen, Berlin, Toronto. S. 211-216

Pettinger, R. (1988/2003): Stellungnahme zur öffentlichen Förderung von Familienselbsthilfeeinrichtungen (z.B. Mütter- und Familienzentren). München.

Röhrl, B. (2014): Partnerschaft, Kooperation und Solidarität als Voraussetzung für eine gelingende Vernetzung eines intergenerativen sozialen Settings. In: Binne, H. u.a.: Handbuch Intergeneratives Arbeiten. Perspektiven zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Opladen, Berlin, Toronto. S. 217-231.

Schrader-Stiftung (2005): Nachbarschaft wieder entdeckt. <http://archiv.schrader-stiftung.de/druck.php?pid=545> (abgerufen 08.07.2015)

Schüler, A. (2004): Frauenbewegung und soziale Reform. Jane Addams und Alice Salomon im transatlantischen Dialog. Stuttgart.

Staub-Bernasconi, S. (1994): Waren die Frauen von Hull House wirklich Sozialarbeiterinnen? In: Bitzan, M./Klöß, T. (Hrsg): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5. Politikstrategien – Wendungen und Perspektiven. München, S. 40-56.

Thies, R. (2006): Integrierte Angebote brauchen einen Ort – Die Idee lokaler Zentren, in: E&C Zielgruppenkonferenz: Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche. Berlin.

Tönnies, F. (1970): Gemeinschaft und Gesellschaft: Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirische Culturformen. Leipzig

Autorinnen

Heike Binne (Dipl. Soz.Päd.) ist Leiterin des Mehrgenerationenhauses »Haus der Zukunft« und als Quartiermanagerin in Bremen tätig. Von 1998 bis 2012 hat sie nebenberuflich als Lehrbeauftragte an der Hochschule Bremen, Fakultät Gesellschaftswissenschaften im Bereich Gemeinwesenarbeit unterrichtet. Sie ist Gründungsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit.

Irmgard Teske (Prof. Dipl.-Psych.) ist Professorin der Hochschule Ravensburg-Weingarten. Schwerpunkte in der Lehre sind Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung, Setting-Ansatz und Soziale Arbeit mit bürgerschaftlich Engagierten. Sie ist aktives Mitglied in der Sektion Gemeinwesenarbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit, versteht sich als Gemeindepsychologin und ist im Vorstand der Gesellschaft für gemeindepsychologische Forschung und Praxis.

Kontakt:

heike.binne@afsd.bremen.de

Haus der Zukunft: www.hdzbremen.com

teske@hs-weingarten.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de